

Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 34 – Bezahlbares Wohnen in der Krise

Dazu sagt der Vorsitzende
der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen,

Lasse Petersdotter:

**Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh-gruene-fraktion.de

Nr. 209.22 / 29.09.2022

Eine Vielzahl von Maßnahmen für bezahlbares Wohnen

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Kosten für Wohnen werden nicht erst jetzt, aber besonders angesichts von Energiepreiskrise und Inflation zu einem massiven Problem für immer mehr Menschen in unserem Land – vor allem für die, die zur Miete wohnen.

Denn der Wohnraum ist knapp, die Mieten steigen an vielen Orten schon lange viel zu schnell, die Heiz- und Nebenkosten steigen massiv. Angesichts dieser vielfältigen Problemlage braucht es vielfältige Lösungsansätze.

Damit im Land mehr Wohnungsbau gelingt, haben wir neben den angekündigten Maßnahmen des Bundes uns auch hier im Land eine Vielzahl von Schritten vorgenommen. Wir wollen unter anderem eine Landesentwicklungsgesellschaft gründen, wir sorgen für verlässliche Rahmenbedingungen für Investor*innen und werden insbesondere die soziale Wohnraumförderung weiter stärken.

Doch Wohnungsbau allein reicht gegen steigende Mieten nicht aus, denn deren Ursache liegt nicht nur im mangelnden Angebot. Es glaubt kaum noch jemand, dass wir allein über den Markt wieder für sinkende Mieten sorgen werden.

Es ist kein Geheimnis, dass wir Grünen die Mietpreisbremse befürworten, die CDU aber nicht. Ich selbst halte sie für ein gutes Instrument, sofern sie über einen längeren Zeitraum in Kraft bleiben und dadurch ihre Wirkung entfalten kann. Doch auch, wenn wir uns auf diese Maßnahme nicht einigen konnten, haben wir für die kommenden Jahre ein sehr gutes Paket geschnürt.

Denn noch wichtiger als die Mietpreisbremse ist die Kappungsgrenze. Diese schützt alle Mieter*innen in bestehenden Mietverhältnissen und nicht nur diejenigen, die

umziehen. Die Kappungsgrenzenverordnung ist das wichtigste Werkzeug gegen unverhältnismäßig steigende Mieten.

Deshalb planen wir ihre Wiedereinführung und unsere Landesregierung nimmt das bereits in Angriff: Wie aus dem 100-Tage-Programm bekannt, wird bereits der Prozess begonnen, die Gebiete angespannter Wohnungsmärkte gutachterlich festzulegen.

Und wir bringen gerade noch weitaus mehr auf den Weg. Ebenfalls im 100-Tage-Programm angekündigt wurde die Umsetzung des Baulandmobilisierungsgesetzes. Diese im vollen Gange, die notwendige Gebietskulisse wird gerade erarbeitet. Dadurch werden die Kommunen mehr Handlungsmöglichkeiten bekommen, um auf ihrem Gebiet die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum voranzutreiben.

Als weiteres Instrument für die kommunale Ebene werden wir auf Landesebene ein Wohnraumschutzgesetz einführen. Ähnlich wie es beispielsweise in Hamburg schon der Fall ist, wollen wir damit verhindern, dass Wohnungsbestand vernachlässigt wird, und dafür sorgen, dass er bestmöglich genutzt wird. Mir ist sehr wichtig, dass die Kommunen hier ein möglichst scharfes Schwert erhalten, um gegen Missstände effektiv vorgehen zu können.

Weiterhin gibt es gerade einen sehr hohen Bedarf nach Beratung, zum Beispiel in Bezug auf Energiesparmaßnahmen, für die Inanspruchnahme von Leistungen wie dem Wohngeld, aber auch allgemeiner Verbraucher*innen- oder Schuldenberatung. Hier hilft die von der Landesregierung gemeinsam mit den Verbänden angestoßene Beratungs-offensive.

Bezüglich der Forderung der SPD an die Wohnungswirtschaft setzt unsere Landesregierung auf intensiven Austausch und Kooperation. Ich bin daher zuversichtlich, dass die Wohnungsgesellschaften das Gebot der Stunde erkennen und sich in der aktuellen Situation bei Mieterhöhungen so maßvoll verhalten, wie es möglich ist. Für Vermieter*innen, die infolge der steigenden Preise Schwierigkeiten haben, Energiekosten vorzustrecken, wird es ein Überbrückungsprogramm geben, um ihnen die nötige Liquidität zu sichern.

Abschließend möchte ich betonen, dass die Erreichung der Klimaziele im Wohnbereich trotz alledem gelingen muss. Anders als die SPD behalten wir bei unseren Maßnahmen den Klimaschutz stets im Blick und verbinden ihn, wo möglich, mit den anderen Förderzwecken unserer Programme.

Durch die Aufstockung unseres Klimaschutzprogramms für Bürger*innen auf 75 Millionen Euro, aus dem auch die Förderung von klimaeffizienterer Wärmeversorgung möglich ist, treiben wir nicht nur die dringend notwendige Wärmewende voran, sondern schaffen mittelfristig zugleich Entlastung bei den Wohnnebenkosten.

Vielen Dank!
